



Wir haben es in der Hand: Metallerinnen und Metaller machen Druck beim Verhandlungsaufakt

ARBEITGEBER IN DER ERSTEN RUNDE ZU UNSEREN FORDERUNGEN:

Nein! Nein! Nein!

Drei Forderungen. Dreimal Nein von den Arbeitgebern. Sie gaben am 13. Februar in Erfurt ein unmissverständliches Signal: Die Tarifrunde wird hart.

„Wir wollen noch in der Friedenspflicht, also bis zum 28. März, zu einem Ergebnis kommen. Die IG Metall ist dazu bereit.“ Das hatte unser Bezirksleiter und Verhandlungsführer Armin Schild zu den mehr als 100 Metallerinnen und Metallern gesagt, die vor das Verhandlungslokal gekommen waren, um für die Forderungen zu demonstrieren. „Gib mir fünf“ war auf Riesenhandschuhen zu lesen. Auch für die Forderung nach Wiedereinkraftsetzen des Tarifvertrags vermögenswirksame Leistungen und nach einem Tarifvertrag

Qualifizierung und Innovation gab's volle Unterstützung. Nicht so bei den Arbeitgebern. Was zu erwarten war. Dass sie aber überhaupt keine Verständigungsmöglichkeiten durchblicken ließen, sondern alles in Bausch und Bogen ablehnten, das war starker Tobak. Nur ein Teil des Produktivitätszuwachses sei zu verteilen. Preissteigerungen hätten in der Lohnformel nichts zu suchen, dafür dürfe es keinen Ausgleich geben. Das sagte Arbeitgeber-Verhandlungsführer Gerhard Müller, Werkleiter bei Fujitsu-Siemens in Sömmerda. Klartext: Maximal 1,2 Prozent. Vermögenswirksame Leistungen „sind Kosten für uns“, sagte er weiter. Wenn der Tarifvertrag wieder abgeschlossen würde, müsse dies bei der

Entgelterhöhung angerechnet werden. Und zum Tarifvertrag Qualifizierung und Innovation meinte Müller: kein Bedarf. Also dreimal ein knallhartes Nein. Halten die Arbeitgeber diese Blockade auch in der zweiten Runde durch, wird es nichts mit einem Abschluss bis zum Ende der Friedenspflicht. Zum Jammer, wie sie es in der Verhandlung angestimmt haben, haben sie keine Veranlassung. Thüringen steht in der wirtschaftlichen Entwicklung gut da. Ein Exportrekord jagt den nächsten. Und auch die Wachstumsraten sind – im gesamten Osten und vor allem in Thüringen – seit drei Jahren überdurchschnittlich hoch. Der Appell unseres Bezirksleiters: „Wir sollten anspruchsvoll und vor allem ehrlich miteinander umgehen.“

ZUR SACHE

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Arbeitgeber sagen, sie müssten die Gewinne für sich behalten. Das sei gut für die Beschäftigung. Doch längst haben sie die auch in der Verhandlung vom 13. Februar behauptete Wirkungskette, wonach höhere Gewinne zu mehr Investitionen und diese zu mehr Beschäftigung führen würden, selbst widerlegt: Viele Betriebe haben trotz glänzender Gewinne ihre Investitionen verringert und Jobs vernichtet.

Die Arbeitgeber lassen also nachweislich die von ihnen behauptete beschäftigungspolitische Verantwortung vermissen. Sie wollen den Beschäftigten Lohnverzicht und der Volkswirtschaft Kaufkraftentzug zumuten – beides vor allem zu Gunsten der so genannten Shareholder, die sich nur der Vermehrung des eingesetzten Kapitals verpflichtet fühlen. Wie es Beschäftigten und deren Familien geht, interessiert sie nicht die Bohne.

Wir sind uns mit führenden Ökonomen einig: Für mehr Beschäftigung braucht die Konjunktur zusätzliche Impulse durch mehr Nachfrage. Für mehr Nachfrage müssen die Tarife deutlich steigen. Nur so können wir erreichen, was die Arbeitgeber angeblich wollen: Arbeitsplätze im Land behalten.

Euer Armin Schild



Montagezuschlag in ERA eingebaut

Der von den Arbeitgebern auf Bundesebene gekündigte Bundesmontage-Tarifvertrag (BMTV) ist wieder in Kraft.

Der 13-prozentige Montagezuschlag damit auch. Sobald betrieblich das neue Entgeltrahmenabkommen (ERA) eingeführt wird, geht dieser Zuschlag darin auf. Das heißt: Er wird bei den Eingruppierungen in eine der neuen Entgeltgruppen und gegebenenfalls in Betriebsvereinbarungen über die Regelung besonderer Erschwernisse berücksichtigt.

In jedem Fall wird der Besitzstand gewahrt. Dies haben wir mit den Thüringer Arbeitgebern bereits im Januar vereinbart, nachdem zuvor ihr Dachverband und der IG Metall-Vorstand eine Rahmenvereinbarung hierzu getroffen hatten. Auch die bisherigen Regelungen über Fahrtkostensatz und Auslösungen gelten zunächst unverändert weiter. Sie sollen nach ERA-Einführung neu tarifvertraglich geregelt werden.

TERMINE

So geht es weiter

Die zweite Verhandlung für Thüringen ist am 9. März.

Am 15. und 16. März veranstaltet der Bezirk in Kassel ein betriebspolitisches Forum zu Innovation und Qualifizierung.

Am 23. März gibt es im Dasdie Brettli, Lange Brücke 29, in 99084 Erfurt eine Mobilisierungsveranstaltung für die Zeit nach Ende der Friedenspflicht.

Diese läuft am 28. März um 24 Uhr aus. Danach kann die IG Metall zu Warnstreiks aufrufen.



„Jetzt geht's los!": Gut drauf waren 400 Metallerrinnen und Metaller im Frankfurter DGB-Haus

AUFTAKTVERANSTALTUNG IM DGB-HAUS FRANKFURT

„Geist ist geil“

Tolle Stimmung bei der Auftaktveranstaltung des Bezirks am 8. Februar nach der bundesweit ersten Verhandlung in der Mittelgruppe. „Jetzt geht's los!“ waren 400 Metallerrinnen und Metaller begeistert.

„Sie haben die uneingeschränkte Unterstützung der gesamten IG Metall!“ Riesenbeifall erhielt der 1. Vorsitzende Jürgen Peters für diese Zusicherung an die streikende AEG-Belegschaft in Nürnberg. Was sie tue, sei reine Notwehr gegen die Auswüchse eines Kapitalismus, der nur noch die Renditen der Aktionäre im Blick habe. Dass Lohnverzicht Arbeitsplätze sichere, „ist ein Märchen“. Das zeige sich bei AEG. Wer die Arbeitslosigkeit bekämpfen wolle, müsse umsteuern auf mehr Kaufkraft und Binnennachfrage. „Die Menschen müssen wieder konsumieren können.“

Wie notwendig ein Umsteuern ist, präsentierte eindrucksvoll der Bremer Wirtschaftsprofessor Jörg Hufschmid. Von Exporten allein käme die Wirtschaft

nicht in Schwung, „auch wenn wir Exportweltmeister bleiben“. Wenn die Wirtschaft nachhaltig in Schwung kommen solle, müsse der private Verbrauch steigen.

Armin Schild nahm in seiner vielfach von Beifall unterbrochenen Rede diesen Ball auf und die Gesamtmetall-Argumentation auseinander, wonach von 100 Euro mehr Lohn nur 30 Euro nachfragewirksam würden. Der Rest würde keine Nachfrage auslösen, sondern für Sozialbeiträge, ausländische Güter, Urlaub im Ausland und fürs Sparen verbraucht. „Das ist eine Milchmädchenrechnung“, sagte Schild. Denn auch Sozial- und Krankenkassenbeiträge würden

wieder ausgegeben und damit nachfragewirksam. Der Kauf ausländischer Waren oder Auslandsurlaub käme als erhöhte Auslandsnachfrage ebenfalls wieder in Deutschland an.

„Das ist Unsinn, geboren aus der Geiz-ist-geil-Mentalität vieler Unternehmer, wir aber brauchen Geist ist geil“, unterstrich er die Forderung nach einem Tarifvertrag Qualifizierung und Innovation. Dieser sei eine notwendige Ergänzung zum Pforzheimer Abkommen, um Entwicklungen wie bei AEG frühzeitig gegenzusteuern. „Wir wollen nicht zusehen, wie Manager Betriebe mit Kostensenkungsprogrammen an die Wand fahren“, sagte er unter starkem Beifall.



Armin Schild, Jürgen Peters, Jörg Hufschmid: Mehr Nachfrage tut not